

**DIE  
KAISERWAHL  
KARLS VI.  
(1711).**

---

Johannes Ziekursch



Vorliegendes ist nur ein kleiner Teil (das erste Kapitel) der ganzen Arbeit. Diese wird demnächst als erstes Heft des ersten Bandes der im Verlage von Friedrich Andreas Perthes in Gotha erscheinenden

## **Geschichtlichen Studien**

herausgegeben von

**Dr. Armin Tille**

veröffentlicht werden.

---

Der Stoff gliedert sich in folgende Kapitel:

	Seite
I. Die Stellungnahme der Mächte zur Kaiserwahl . . . . .	1
II. Französische Umtriebe gegen die Wahl König Karls . . . . .	38
III. Die sächsische Politik im Sommer 1711 . . . . .	77
IV. Der Wahltag in Frankfurt . . . . .	111
Erster Exkurs: Die Zusammenkunft in Jaroslau.	
Zweiter Exkurs: Die Kurie und die Kaiserwahl.	
Anhang: Veröffentlichung zwölf ungedruckter Aktenstücke.	

---

## Lebenslauf.

Am 17. Juli 1876 wurde ich, Johannes Ziekursch, zu Breslau geboren als Sohn des Kaufmanns Ludwig Ziekursch und seiner Gattin Alma, geb. Stuhlmann. Ich bin Protestant. In Breslau besuchte ich zunächst das Städtische Johannesgymnasium, später das Kgl. Friedrichsgymnasium. Ostern 1896 bestand ich das Abiturientenexamen.

Im Sommersemester 1896 hörte ich in Bonn Vorlesungen bei Wiedemann, Nissen, Elter und Martius, im Wintersemester 1896/97 in Breslau bei Wilcken, Zacher, Elster und Ebbinghaus. Das nächste Semester studierte ich in München. 1897/98 diente ich in Breslau als Einjährig-Freiwilliger beim 6. Feldartillerieregiment. Dann kehrte ich nach München zurück. Dort hörte ich bei v. Heigel, v. Riezler, Grauert, Friedrich, Hommel, Simonsfeld, v. Amira, W. H. v. Riehl, Oberhammer, Brentano, Muncker, B. Riehl, Lipps, Güttler und Cornelius. Allen meinen Lehrern, besonders Herrn Professor v. Heigel, spreche ich hiermit meinen besten Dank aus für die vielseitige Förderung, die ich von ihnen erfahren habe.

---

### **Abkürzungen.**

---

Die Abkürzung D. St. A. bedeutet Kgl. Hauptstaatsarchiv Dresden, B. St. A. bedeutet Staatsarchiv Berlin, W. St. A. F. bedeutet Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien Filiale, H. St. A. bedeutet Staatsarchiv Hannover, M. St. A. bedeutet Staatsarchiv München, V. A. bedeutet Vatikanisches Archiv.

---

## Erstes Kapitel.

### Die Stellungnahme der Mächte zur Kaiserwahl.

---

Von dem deutschen Kaisertum in der zweiten Hälfte des 17. und im Verlauf des 18. Jahrhunderts weiß die Geschichte wenig Rühmliches zu berichten. Einstens die mächtigsten Herrscher der zivilisierten Welt, hatten die Kaiser im Kampf mit der Kirche und den Partikulargewalten des Reichs ein Recht nach dem anderen verloren, bis ihnen kaum etwas anderes geblieben war, als der mystische Schimmer vergangener Herrlichkeit, den die alte, ehrwürdige Krone ihrem Träger verlieh. Während des Dreißigjährigen Krieges wurde zum letztenmal der Versuch gewagt, dem Kaisertume neues Leben und neue Kraft einzuflößen; aber er scheiterte, und ganz Deutschland büßte ihn mit der grauenvollen Verwüstung seiner Gaue.

Im Westfälischen Frieden wurden dem Wirkungskreise der Kaiser noch engere Grenzen als bisher gesetzt. Dem Herrn der Welt, der den Anspruch auf die Unterthänigkeit der Christenheit erhob, fehlte jede Handhabe, seinen Willen unmittelbar zu verwirklichen. Kein Staatsschatz stand ihm zur Verfügung. Das Reichsgut war im Laufe der Zeiten längst verschleudert. Kein Heer gewärtigte seiner Befehle. Nur einige bedeutungslose Rechte waren ihm verblieben. Im ganzen Reiche durfte er Titel und Rangerhöhungen verleihen. Seine Einnahmen beliefen sich auf ein paar tausend Thaler. Zur Bestreitung der Unkosten des Hofhaltes und der Verwaltung der Reichsangelegenheiten reichten sie bei weitem nicht hin.

Auf den ersten Blick will es da wunderbar erscheinen, daß die Habsburger jahrhundertlang kein Opfer scheuten, diese traurigen Reste einer längst verschwundenen Machtfülle für sich zu gewinnen und auf ihre Nachfolger zu übertragen. Aus patriotischen Rücksichten, aus Sorge um das Wohl des Reiches, haben sie es wahrlich nicht gethan. Sie folgten, wie alle Fürsten ihrer Zeit, einzig ihren eigenen Interessen und beuteten zu ihren Gunsten das Kaisertum aus. Ihnen, den mächtigsten Herren und den Vorkämpfern des Katholizismus in Deutschland, standen tausenderlei Mittel und Wege zu Gebote, den vielgestaltigen Ansprüchen der Kaiserkrone dort, wo es ihnen genehm war, Geltung zu verschaffen und sich dadurch neue Machtquellen zu erschließen, die weit über die in den Wahlkapitulationen zugestandenen Rechte hinausgingen <sup>1)</sup>.

Das durch den Dreißigjährigen Krieg erschöpfte Österreich, außer Fühlung mit den spanischen Habsburgern, hätte, auf sich allein angewiesen, dem Ansturm der türkischen Barbarei auf die Dauer nicht trotzen, geschweige denn deutsche Bildung und Kultur in die ungarischen Ebenen und nach Siebenbürgen tragen können. Den Habsburgern ermöglichte es erst ihre Stellung als deutsche Kaiser, dieser Aufgabe gerecht zu werden und zu diesem Zwecke Geld und Truppen aus ganz Deutschland heranzuziehen. Im Dienst des Kaisers ließen tausende Deutsche aus allen Teilen des Reiches freudig ihr Leben. Die Söhne deutscher Fürstenhäuser schlugen Österreichs Schlachten. Der deutsche Adel stellte seine Sprossen Österreich als Staatsmänner, Beamte und Offiziere zur Verfügung. Aus ihrer Heimat folgten ihnen Kolonisten und germanisierten viele, den Türken entrissene Städte. Die Wiederherstellung einer Großmacht an den Ufern der mittleren Donau <sup>2)</sup> ist nicht allein das Werk der Habsburger und ihrer Unterthanen, sondern das ganze deutsche Volk hat daran teil. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Lebensfähigkeit dieser Nation, daß sie, obwohl in sich zerrissen und

---

1) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch. vom Westfäl. Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen, I, S. 48 ff.

2) Ebendas., II, S. 101.

auf allen Seiten von Feinden bedrängt, doch imstande war, etwa vierzig Jahre nach dem Dreißigjährigen Kriege weite Gebiete ihrem Volkstume zu unterwerfen.

Während derart die kaiserliche Würde den Habsburgern zu großen Erfolgen im Osten verhalf, stellte sie ihnen zu gleicher Zeit im Westen Aufgaben, deren Erfüllung mit den im Osten verfolgten Zielen nur zu häufig in Widerstreit geraten mußte. Es galt hier, den Eroberungsgelüsten Frankreichs in den Weg zu treten. Diese Pflicht gebot den Habsburgern nicht nur die kaiserliche Oberlehnshoheit, sondern auch der eigene Vorteil. Ihre Besitzungen am Rhein und vor allem die ausgedehnten Nebenlande der spanischen Krone mußten verteidigt werden. Man sah sich ja in Wien als den künftigen Erben dieser Gebiete an, da das Erlöschen des spanischen Herrscherhauses sicher bevorstand. Die gleichen Ansprüche, wie die deutschen Habsburger, erhoben aber auch die Bourbonen. Es trat nun an die österreichischen Staatsmänner die Frage heran, ob sie gewillt seien, sich mit Frankreich in einen Kampf auf Leben und Tod um das spanische Erbe einzulassen, oder einen anderen Ausweg zu suchen. Sie mußten sich entscheiden, ob sie das Schwergewicht der österreichischen Politik nach dem Osten oder dem Westen verlegen wollten. Zu einem bestimmten Entschluß konnte man in der Wiener Hofburg nicht gelangen. Die Ansichten über die einzuschlagende Politik wechselten mit den Jahren. Durch seine Wahlkapitulation war Kaiser Leopold verpflichtet, den Spaniern jede Unterstützung im Kampfe gegen Frankreich zu verweigern. Er mußte also die Franzosen nach ihrem Gutdünken den Pyrenäenfrieden diktieren lassen. In den folgenden Jahren verständigte er sich mit Frankreich über eine Teilung der spanischen Monarchie. Aber bald ließ er diesen Gedanken wieder fallen und geriet in erbitterte Feindschaft und blutige Kriege mit Ludwig XIV. Daher wurde König Wilhelm von England schroff zurückgewiesen, als er den Teilungsplan in veränderter Gestalt wieder aufgriff. Gern träumte Kaiser Leopold davon, dereinst das ungeschmälerte Erbe zu gewinnen; er traf

aber keine Vorbereitungen, um diese Hoffnung zu verwirklichen <sup>1)</sup>).

Als Ludwig XIV. nach dem Tode des letzten Habsburgers auf spanischem Throne dessen Staaten seinem Enkel Philipp von Anjou zuwenden wollte, nahm Kaiser Leopold, voll Vertrauen auf Gottes Hilfe, den Kampf mit ihm auf. Bei England und Holland fand er Unterstützung. Das Ziel, das sich die Verbündeten anfangs steckten, war nicht unerreichbar. Im Vertrage vom 7. September 1701, der großen Allianz <sup>2)</sup>, einigten sie sich dahin, den österreichischen Ansprüchen auf das spanische Erbe eine gerechte und entsprechende Befriedigung zu erwirken. Deshalb wollten sie die spanischen Provinzen in Italien und den Niederlanden für den Kaiser erobern. Gewisse Teile der amerikanischen Besitzungen sollten den Seemächten zufallen, Spanien und seine Kolonien niemals mit Frankreich vereinigt werden. Diese Bestimmung schloß, wenn auch unausgesprochen, die Anerkennung Philipps von Anjou als König von Spanien in sich.

Bald ging man weiter. Um Portugal für die Allianz zu gewinnen und um den Handelsinteressen der Seemächte zu dienen, wurde auf englische Anregung hin gegen den Willen der Wiener Hofburg dieses Programm im Sommer 1703 erweitert und verändert <sup>3)</sup>. Karl, der zweite Sohn Kaiser Leopolds, wurde zum Erben der spanischen Gesamtmonarchie erklärt <sup>4)</sup>. Als König Karl III. verließ er im Herbst 1703 Wien, um mit Hilfe der Seemächte Spanien den Händen des französischen Prätendenten zu entreißen.

Viele Jahre zog sich der Kampf hin. Durch glänzende Siege gewannen jedoch die Verbündeten immer mehr die

---

1) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., I, S. 308 ff., 519; II, S. 165 ff.

2) Lamberty, Mémoires pour servir à l'histoire du XVIII. siècle, I, S. 620—628.

3) Noorden, Gesch. d. 18. Jahrh., II, S. 397.

4) In einem geheimen Artikel der Cessionsurkunde trat er Mailand an Joseph ab.



Oberhand. Mit ihren Erfolgen wuchsen aber auch ihre Wünsche. An der ungeheuerlichen Forderung, Ludwig XIV. solle zur Vertreibung seines Enkels aus Spanien sein Heer zur Verfügung stellen, scheiterten die Friedensverhandlungen der Jahre 1709 und 1710 <sup>1)</sup>. Die Konferenzen von Gertruydenburg wurden jäh abgebrochen. Die Verbündeten hofften, durch Waffengewalt die Zustimmung Frankreichs ertrotzen zu können und trafen umfassende Rüstungen, die letzte feindliche Feldarmee zu zertrümmern. Da starb in Wien am 17. April 1711 nach kurzem Krankenlager der deutsche Kaiser Joseph I. im Alter von 33 Jahren, ohne Söhne zu hinterlassen, geschweige denn daß ihm ein Nachfolger in der Kaiserwürde bestimmt worden wäre.

Nach seinem Tode war sein Bruder Karl der einzige männliche Sproß des Hauses Habsburg, der letzte seines Stammes. Er vereinigte jetzt die österreichischen Erblande, Mailand, Neapel und die spanischen Niederlande in seiner Hand. Von den verbündeten Mächten war er auch als König von Spanien anerkannt worden. Freilich behauptete er sich nur mit Mühe in Katalonien. Selbstverständlich war es auch, daß er als Bewerber um die deutsche Kaiserkrone auftreten würde. Es schien als ob Karl seinem Hause die glanzvolle Stellung zurückerwerben wollte, die es schon einmal vor 200 Jahren unter einem Karl aus habsburgischem Geblüt besessen hatte.

Überall in Europa, wo Politik im Großen wie im Kleinen getrieben wurde, empfand man, daß die Vereinigung einer solchen Machtfülle in einer Person mit dem Gleichgewicht des europäischen Staatensystems unverträglich sei. Wer dem Geiste der großen Allianz treu bleiben wollte, mußte unter diesen Umständen die Lösung der spanischen Frage in anderer Richtung als bisher suchen. Das Ergebnis des zehnjährigen Kampfes war damit in Frage gestellt! Freude und Hoffnung, bange Furcht und Sorge erfüllten die diplomatische Welt.

---

1) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S., 259 und 267.

Für Österreich brach eine bedeutungsvolle Stunde an. Halb gegen seinen Willen war es durch den Gang der Ereignisse immer tiefer in die Kämpfe West- und Südeuropas verwickelt worden. Die unseligen Beziehungen zu Spanien hatten zwei Jahrhunderte lang ihren verhängnisvollen Einfluß auf die österreichische Politik geltend gemacht. Jetzt war der Augenblick gekommen, der, richtig benutzt, Österreich sich selbst zurückgeben konnte, um in Zukunft wieder mehr seinen eigenen Interessen zu dienen. Durch eine Verständigung mit Ludwig XIV. konnte der alte Zwist zwischen Habsburg und Bourbon beigelegt und dadurch bei der völligen Erschöpfung Frankreichs der Frieden auf lange Zeit gesichert werden. Karl mußte auf Spanien verzichten und dafür die spanischen Nebenlande und die dem Reiche früher von Frankreich entfremdeten Gebiete an sich nehmen, Baiern konnte gegen italienische Territorien eingetauscht werden. Dann würde Österreich von der Mündung der Schelde und dem Elsass bis in die Ebenen der Theifs und des Maros' geherrscht und das deutsche Element in seinen Staaten für immer das Übergewicht gewonnen haben. Ja es wäre ein leichtes gewesen, mit den überschüssigen Kräften des Westens den Osten der Monarchie völlig zu germanisieren. Diesem Österreich konnte auf abschbare Zeit die Kaiserkrone und seine Führerstellung in Deutschland von niemandem streitig gemacht werden.

Nicht nur dem rückblickenden Historiker springt die Bedeutung jenes Augenblickes in die Augen. Freund und Feind glaubten damals, daß Österreich diesen Weg gehen würde. Aber wie so oft in der Geschichte, die Zeit heischte vergebens einen großen Mann.

---

Der plötzliche Tod Josephs beraubte die Wiener Staatsmänner jeder Einsicht. Große Bestürzung herrschte überall. „Die Konsternation und die Betrübniß, welche man bei dem hiesigen Hof sowohl als auch in allen Häusern und Gassen sieht, ist fast unglaublich und kaum mit der Feder aus-

zudrücken“<sup>1)</sup>. Die Minister „stellen sich wie verlassene Schafe ohne Hirten“<sup>2)</sup>. Man glaubte an der bisherigen Politik festhalten zu können und sah doch zugleich, wie sich auf allen Seiten drohende Gewitterwolken auftürmten. Dafs Frankreich die Furcht vor der Erneuerung der Weltmonarchie Karls V. ausnützen und mit allen erdenklichen Mitteln arbeiten werde, um die Allianz zu sprengen, war ja sicher und um so gefährlicher, als in Wien der Glaube an die Zuverlässigkeit der Verbündeten schon stark erschüttert war. Man wufste, dafs „die Seepotenzien gleichsam den statum totius belli in der Hand haben, folglich auch von dem Frieden Meister sein und bleiben“<sup>3)</sup>. Deshalb hatte man mit steigender Besorgnis den Umschwung der englischen Parteiverhältnisse, den Sieg der Tories über die Whigs, verfolgt. „Das englische Werk läfst sich übel an, und scheint, die Königin (Anna) will sich völlig in die übelgesinnte Partei der Tories werfen; man mufs alles von der Eigensinnigkeit dieser Königin fürchten“<sup>4)</sup>. In Wien war es nur zu gut bekannt, dafs in England und Holland der Eifer für den Krieg von Tag zu Tag nachliefs, und dafs die Stimmen, die für den Frieden sprachen, namentlich nach den Schlachten von Brihuega und Villaviciosa immer lauter, immer zahlreicher sich vernehmen liefsen<sup>5)</sup>. Überdies verrieten die Parlamentsreden des Staatssekretärs St. John, wie geringschätzig das neue englische Ministerium über Österreich dachte<sup>6)</sup>. Hollands Abneigung gegen eine weitere Fortsetzung des Krieges zeigten die durch den Kurfürsten von Baiern mit Frankreich geführten Verhandlungen. Ende März 1711 suchte der Großpensionarius

---

1) Ber. d. sächs. Ges. Grf. v. Wackerbarth, Wien, 18. IV. 1711. D. St. A.

2) Ber. dess., Wien, 29. IV. 1711. D. St. A.

3) Arneth, Eigenhändige Correspondenz d. Kön. Karl III. von Spanien mit d. Obersten Kanzler d. Kgr. Böhmen, Grfn. J. W. Wratislaw (Archiv f. Kunde österr. Gesch.-Quellen, XVI.), Wratisl. an Karl, Wien, 13. VIII. 1710. S. 125.

4) Ebendas. Wratisl. an Karl, Wien, 13. VIII. 1710. S. 125.

5) Landau, Gesch. Kais. Karls VI. als König v. Spanien. S. 621—622.

6) Weber, D. Friede von Utrecht. S. 78.

Heinsius durch Vermittelung des Herzogs von Lothringen von neuem Fühlung mit Frankreich <sup>1)</sup>. Welche Zugeständnisse Holland bei diesen Verhandlungen zu machen bereit war, glaubten die österreichischen Staatsmänner dem Manifest entnehmen zu können, das die Generalstaaten nach Abbruch der Gertruydenburger Konferenzen erlassen hatten, „dafs sie wirklich in Zerteilung der (spanischen) Monarchie und Abtretung Siciliens und Sardiniens akkordiert haben“ <sup>2)</sup>. In Wien selbst herrschte das drückende Bewußtsein, dafs durch die Niederlagen in Spanien die Unausführbarkeit des Programms von 1703 erwiesen sei.

Von Osten drohte das alte Schreckgespenst, das die Diplomaten während des ganzen Krieges schon in Atem gehalten hatte: das Eingreifen Schwedens in den französischen Krieg. Gegen Ende des Jahres 1710 hatte die Türkei Rußland den Krieg erklärt <sup>3)</sup>. Ungeheure Truppenmassen sammelten sich an der unteren Donau. In Wien erzählte man, das türkische Heer solle dieselbe Stärke wie im Jahre 1683 erreichen. Zwar hatte der Sultan den Aga Seifullah nach Wien gesandt, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen Oesterreich und der Türkei zu verhandeln und den Wiener Staatsmännern jede Besorgnis vor einem türkischen Einfall in Ungarn zu nehmen <sup>4)</sup>. Nach dem Tode des Kaisers aber erwachte die alte Furcht wieder. „Wie weit den Türken zu trauen, mufs man von Gott und der Zeit erwarten“ <sup>5)</sup>, da sie „sich von dem Zustande des Reiches bei dem interregno wunderliche Ideen machen“ <sup>6)</sup>.

Allgemein glaubte man, Karl XII. von Schweden werde

1) Weber, D. Friede von Utrecht. S. 86—88.

2) Arneth, Corresp., Karl an Wrät., Lager zu Villaverde, 9. XI. 1710. S. 128. Das Manifest ist gedr. bei Lambert, Mém., VI, S. 65—76.

3) O. Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 65.

4) Ebendas., XIV, S. 68; Landau, Gesch. Kais. Karls, S. 646; Arneth, Corresp., Wrät. an Karl, Wien, 22. IV. 1711. S. 146.

5) Arneth, Corresp., S. 146.

6) Ber. d. preufs. Ges. Grf. Metternich, Wien, 29. IV. 1711. B. St. A.

an die Spitze des türkischen Heeres treten und sicherlich den Sieg über die Russen davon tragen. Bald nach der türkischen Kriegserklärung hatte er ein Manifest gegen August von Polen-Sachsen erlassen <sup>1)</sup>, das man in Wien „als Vorbote einer großen Zerrüttung des Reiches ansah“ <sup>2)</sup>. Er verkündete darin, daß er, mit dem ottomanischen Kaiser und dem Tartarenhan im Bunde, Polen von der unrechtmäßigen Herrschaft König Augusts befreien und ihn für den Bruch des Altranstädter Friedens zur Verantwortung ziehen werde. Die Neutralitätskonvention vom 31. März 1710, die das Übergreifen des nordischen Krieges auf das deutsche Reichsgebiet verhindern sollte <sup>3)</sup>, hatte Karl XII. nicht anerkannt und gegen die Aufstellung einer Neutralitätsarmee zum Schutze dieser Gebiete feierlich Einspruch erhoben <sup>4)</sup>. Die Rücksicht auf ihn hatte in der That die Ausführung dieses Beschlusses bisher verhindert <sup>5)</sup>. Jetzt standen die östlichen Grenzen Deutschlands schutzlos jedem Angriff offen.

Kommt Karl XII., so fürchtete man in Wien <sup>6)</sup>, vor der Wahl eines neuen Kaisers in das Reich, so fordert er sicherlich die Nichtigkeitserklärung der gegen die beiden Wittelsbacher, Max Emanuel von Baiern und Joseph Klemens von Köln, erlassenen Acht, da sie ohne die Zustimmung des Fürstenkollegs verhängt sei. Dann erzwingt er ihre Wiedereinsetzung in ihre Länder und Würden. Die meisten Fürsten werden sich für diesen Plan gewinnen lassen, besonders die Protestanten durch das Versprechen, ihren Religionsbeschwerden abzuhelpen. Greift Frankreich von der anderen Seite zugleich das Reich an, so kann es im Bunde mit Schweden

---

1) Dat. 28. I. 1711; gedr. bei Lamberty, Mém., VI, S. 434—436.

2) Ber. Metternichs, Wien, 9. V. 1711. B. St. A.

3) Abgeschlossen zwischen dem Kaiser, England und den Niederlanden; gedr. bei Lamberty, Mém., VI, S. 292—295.

4) Dat. Bender, 30. XI. 1710; gedr. bei Lamberty, Mém., VI, S. 319; Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 310.

5) O. Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 67.

6) Ber. Metternichs, Wien, 9. V. 1711. B. St. A.

jede beliebige Forderung in Rücksicht auf die künftige Kaiserwahl an die Kurfürsten stellen.

Selbst wenn sich die Verhältnisse nicht so schlimm gestalten sollten, so hatten die Wiener Staatsmänner Grund genug zu vielen Besorgnissen. Der Aufstand in Ungarn war fast völlig niedergeworfen, jetzt konnte er leicht wieder frische Kraft gewinnen. Auch in Baiern fürchtete man neue Unruhen.

Welche Schwierigkeiten türmten sich aber erst auf, sobald man an die Kaiserwahl dachte. Seit den Tagen Karls V. hatten die Habsburger noch bei Lebzeiten und durch den Einfluß des regierenden Kaisers die Wahl eines der ihrigen zum römischen König meist zu erreichen und dadurch die Fährlichkeiten eines Interregnums zu vermeiden gewußt. Nicht zuletzt durch diese schlaue Wahlpolitik ist es ihnen gelungen, die Kaiserkrone jahrhundertlang ihrem Hause zu sichern. Denselben Ausweg hatte man aber diesmal wegen des Mangels an Söhnen und infolge des plötzlichen Todes Josephs nicht einschlagen können. Bis zur Neuwahl fiel also gemäß den Satzungen der Goldenen Bulle die Leitung der Reichsgeschäfte den Vikaren, Sachsen und Pfalz, zu. Daß dies nicht ohne allerlei Ungelegenheiten abgehen würde, wußte man leider aus alter Erfahrung. Der Herzog von Savoyen nahm das Reichsvikariat in Italien für sich in Anspruch und erklärte, daß er in folgedessen dieses Jahr nicht ins Feld rücken werde und einen Teil seiner Truppen in Italien zurückhalten müsse, um seine Vikariatsrechte jedem Widerspruch gegenüber geltend machen zu können <sup>1)</sup>. Von den wahlberechtigten Kurfürsten waren zwei, der von Baiern und der von Köln, gebannt und ihrer Würden beraubt <sup>2)</sup>. Die bairische Stimme war dem Kurfürsten von der Pfalz zurückgegeben worden <sup>3)</sup>. Ob die kölnische

1) Ber. Metternichs, Wien, 29. IV. 1711. B. St. A.

2) Vgl. J. Froboese, D. Achtserklärung d. Kurfürsten von Baiern und Köln (Göttingen 1874), Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 215—219.

3) Daher erklärt es sich, warum in Karls Wahlkapitulation der achten

ruhen oder von dem Domkapitel geführt werden sollte, war anfangs ungewiss. Hannover sollte zum erstenmale sein Wahlrecht ausüben, Böhmen infolge der Readmission <sup>1)</sup> zum erstenmale an der Feststellung der Wahlkapitulation teilnehmen. Bei so vielen Neuerungen konnte mit Sicherheit auf mannigfache Intriguen und Proteste gerechnet werden, besonders da man in Wien fest überzeugt war, daß König Friedrich von Preußen die Kaiserkrone für sich oder seinen Sohn zu gewinnen trachte.

Derjenige, der die österreichische Politik in dieser verworrenen Lage zu leiten berufen war, König Karl, weilte fern von der Heimat in Barcelona. An ihn schrieb sein Vertrauter, der böhmische Kanzler Graf Wratislaw, noch am Todestage Kaiser Josephs und beschwor ihn, unverzüglich nach Deutschland zurückzukehren, „welche Reise E. M. um so geschwinder und notwendiger antreten sich werden belieben lassen, als im widrigen Fall nicht allein die römische Krone verloren, sondern auch die deutschen Erblande in die äußerste Gefahr gestürzt würden, wie denn E. M. ermahnen muß, daß dieselbe aus keiner Ursach, wie sie auch sein könne, sich von dieser Reise nicht sollten abwendig machen lassen“ <sup>2)</sup>.

Diesen Bitten schenkte Karl kein Gehör und bewies damit seinen Mangel an staatsmännischer Einsicht. Er konnte sich in der veränderten Sachlage nicht sofort zurechtfinden. Daher wollte er warten, „bis man ein wenig siehet, wie sich die Sachen in der Welt anlassen, und wie ein jeder diese Mutation betrachtet“ <sup>3)</sup>.

Von Jugend auf hatte er sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, dereinst die spanische Königskrone zu tragen.

Kur keine Erwähnung gethan wird. Vgl. Zwiedineck-Südendorst, Deutsche Gesch. im Zeitraum d. Gründung d. preuß. Königtums, II, S. 256, Anm. 1.

1) Vgl. Heinrich, Teutsche Reichsgesch., VII, S. 549—551.

2) Arneth, Corresp., Wratislaw an Karl, Wien, 17. IV. 1711. S. 144.

3) Ebendas. Karl an Wratislaw, Barcelona, 9. V. 1711. S. 154.

Schon beim Abschlufs des Bündnisses zwischen Holland und dem Kaiser Leopold im Jahre 1689 wurde er als der künftige Erbe der spanischen Monarchie bezeichnet. Über seine Erziehung am Madrider Hofe wurden längere Zeit Unterhandlungen gepflogen <sup>1)</sup>. Am 12. September 1703 in Wien zum König von Spanien ausgerufen, versuchte er seit dem März des nächsten Jahres, freilich vergebens, seinen Nebenbuhler, Philipp von Anjou, von der Pyrenäenhalbinsel zu verdrängen. Je weniger seine Bemühungen von Erfolg gekrönt waren, desto begehrenswerter erschien ihm sein Ziel, desto weniger wollte er von einem Verzicht auf die spanische Krone reden hören. Im Dezember 1706 hatte er noch an Wratislaw geschrieben, daß er, im Falle Joseph ohne männliche Nachkommen sterben würde, auf Spanien verzichten und sich mit den italienischen Besitzungen begnügen müßte <sup>2)</sup>. Jetzt erklärte er: „Es wäre nicht gut, daß man nur denken könnte, daß Spanien könnte von meinem Hause zertrennt werden. Ich bin ernstlich resolvirt, Spanien so lang und viel möglich zu soutenir, denn ich nie nichts als gezwungener lassen werde, als meinem Haus und mir gebührt und so lang demselben gehört hat“ <sup>3)</sup>. Wohl argwöhnte er, daß der Krieg nicht mehr allzulange dauern „und dann ein schädlicher Frieden zu befürchten sein würde“. Er wollte aber nicht glauben, daß die Verbündeten „Spanien und Indien (Amerika) in des Feindes Hand lassen würden wegen ihres selbsteigenen Interesses, also nur von Wellischland zu fürchten wäre“ <sup>4)</sup>.

Daß ihm die Kaiserkrone zufallen werde, erschien ihm selbstverständlich. Sollten sich seine bisherigen Bundesgenossen wider Erwarten der Vergrößerung seiner Machtfülle widersetzen, so war er überzeugt, durch eine Verstan-

---

1) Landau, Gesch. Kais. Karls, S. 20. 30 ff.

2) Arneth, Corresp., Karl an Wratislaw, Valencia, 15./16. XII. 1706. S. 29—30.

3) Ebendas. Barcelona, 27. V. 1711. S. 162.

4) Ebendas. Barcelona, 25. IV. 1711. S. 152.



digung mit Frankreich seine Ansprüche jederzeit sichern zu können. Denn schon nach der Einnahme von Girona im Januar 1711 hatte Frankreich mit ihm Unterhandlungen anzuknüpfen versucht, er sollte die Niederlande und die spanischen Besitzungen in Italien erhalten und in Zukunft bei seiner Kaiserwahl der Unterstützung Frankreichs sicher sein <sup>1)</sup>. Jetzt, nach dem Tode Josephs, suchte König Philipp von neuem mit Karl Fühlung zu gewinnen <sup>2)</sup>.

Nicht Gewissensbedenken waren es, die Karl abhielten, diesen Weg zu betreten. Während des ganzen Sommers beschäftigte ihn der Gedanke, sich mit Frankreich zu verständigen. Als dunkle Gerüchte über die Absichten der Verbündeten nach Barcelona drangen, als es hieß, sie seien bereit, Italien den Franzosen einzuräumen oder Spanien dem Savoyer zu überlassen, schrieb Karl: „In solchem Fall mich keiner hindern wird, sogar mit Frankreich in eine Allianz zu treten“ <sup>3)</sup>. Ein andermal hörte er, daß Holland mit Frankreich durch die Vermittelung des Herzogs von Lothringen unterhandele. Da befahl er, dafür zu sorgen, daß „durch diesen Weg allzeit ein Thor offen bleibe, im Fall der Not oder zum Schein oder realiter mit Frankreich zu trak- tieren“ <sup>4)</sup>.

Zu irgendwelchen Versuchen, diesen Gedanken in Thaten umzusetzen, kam Karl nicht, zum Teil wohl aus Mangel an geistiger Regsamkeit, zum größten Teil aus Unkenntnis der politischen Lage. Zu lange war er schon von Wien abwesend, um die Absichten der Seemächte richtig beurteilen zu können. Die Berichte der Gesandten liefen spärlich und

---

1) O. Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 91.

2) Arneth, Corresp., Karl an Wrät., Barcelona, 27. V. 1711. S. 163; Rosenlehner, D. Stellung d. Kurfürsten Max Emanuel v. Baiern u. Jos. Klemens v. Köln zur Kaiserwahl Karls VI. S. 25—26.

3) Ebendas. Barcelona, 11. VI. 1711. P. S. S. 182. Vgl. Karl an Wrät., Barcelona, 31. VII. 1711. S. 197.

4) Ebendas. Barcelona, 27. V. 1711. S. 158. O. Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 92, leugnet freilich, daß Karl derartige Erwägungen angestellt habe.

äußerst unregelmäßig in Barcelona ein. Viele gingen unterwegs verloren, da die Postschiffe von zahlreichen französischen Kapern verfolgt und häufig aufgebracht wurden: um die Briefe nicht in Feindeshand fallen zu lassen, warf man sie, oft vorzeitig, in das Meer. Bisweilen brauchte die Post von Wien bis Barcelona drittheilb Monate <sup>1)</sup>.

In dieser Lage war Karl natürlich aufser stande, von Barcelona aus einen nennenswerten Einfluß auf den Gang der europäischen wie der deutschen Politik auszuüben. Gleichwohl konnte er sich trotz aller Mahnungen seiner Getreuen nicht zur Rückkehr nach Deutschland entschließen, weil er fühlte, daß seine Abreise von Barcelona den Verzicht auf die Eroberung Spaniens bedeuten würde. So verbrachte er den Sommer 1711 thatenlos an der katalonischen Küste.

An seiner Statt übernahm seine Mutter, die Kaiserin-Witwe Eleonore Magdalene, am 17. April die Regentschaft in den österreichischen Erblanden. Wohl im Bewußtsein, dieser Aufgabe nicht recht gewachsen zu sein, schlug sie den Ministern vor, gemeinsam mit Amalia, der Witwe Josephs, die Geschäfte führen zu wollen; sie fand aber keine Zustimmung <sup>2)</sup>. Die Eilboten wurden mit der Todesnachricht nach allen Seiten

---

1) Arneth, Corresp., Karl an Wratt., Barcelona, 31. VII. 1711. S. 193; Ber. des hannöv. Ges. v. Huldemberg, Wien, 22. VII. 1711. H. St. A.; Ber. d. sächs. Ges. Chevalier de Lecheraine, Barcelona, 6. VIII. 1711. D. St. A. Die Todesnachricht brauchte von Wien bis Barcelona 15 Tage. Im Durchschnitt waren Briefe 20—30 Tage unterwegs, häufig aber auch, besonders seit 1709, bis 50 Tage. Ausnahmen z. B. sind: Ab Barcelona 15. XII. 1706, an Wien 11. III. 1707. — Umgehende Antwort von Barcelona 11. VII. auf Schreiben von Wien 7. IV. u. 26./28. IV. 1708. — Antwort von Wien 26. IV. auf Schreiben von Barcelona 15. II. 1710. — Schreiben aus Wien vom 17. V., 27. V., 3. VI., 10. VI., 16. VI., 19. VI., 24. VI., 29. VI. 1711 treffen in Barcelona ein 31. VII. — Schreiben aus Barcelona 11. VI. 1711 wird unterwegs ins Meer geworfen, am 12. VII. zum zweiten Male abgesandt, trifft in Wien am 5. VIII. ein.

2) Ber. Huldembergs, Wien, 18. IV. 1711. H. St. A.

entsandt, die Truppen für Karl in Eid genommen. Da man aber nicht wußte, ob Karl die Regentschaft bestätigen würde, hielt man vorderhand mit allen wichtigen Beschlüssen zurück.

Die Zeit, da die Kaiserin die Zügel der Regierung in den Händen hielt, glaubte sie benutzen zu können, um ihren Verwandten, der Pfalz-Neuburgischen Linie des Hauses Wittelsbach, mancherlei Vergünstigungen zuzuwenden <sup>1)</sup>. Von ihren Pflichten als Regentin hatte sie eine etwas wunderliche Auffassung. Die geheime Konferenz, bisher die entscheidende Instanz in allen bedeutsamen Fragen, löste sie auf, „damit sich die anderen Minister nicht disgustierten“. Was geheim gehalten werden mußte, sollte man „gleichsam clandestine überlegen und ihr ad partem beibringen“ <sup>2)</sup>. Die Erfüllung dieses Wunsches war nicht so leicht, da sie sich nicht bestimmen lassen wollte, bei einer Unterredung mit den Ministern die Thür zu schließen, so daß die Hofdamen und die Kammerfrauen jedes Wort im Vorzimmer vernahmen <sup>3)</sup>. Karls Bestätigung der Regentschaft durfte auf Befehl der Kaiserin nicht veröffentlicht werden, weil ihr darin nur der Titel „gubernatrix“, nicht „rectrix“ gegeben war <sup>4)</sup>. Karls ausdrücklichen Wunsch, die laufenden Geschäfte mit einem engeren Rat von sechs Ministern <sup>5)</sup> zu erledigen, die wich-

---

1) Arneth, Corresp., Wrät. an Karl, Wien, 7. V. 1711 u. 3. VI. 1711. S. 168. u. 172.

2) Ebendas. Wien, 22. IV. 1711. S. 145.

3) Ebendas. Wien, 27. V. 1711. S. 165.

4) Ebendas. Wien, 10. VI. 1711. S. 175.

5) Ebendas. Karl an Wrät., Barcelona, 4. V. 1711. S. 153 u. 27. V. 1711. S. 158; Wrät. an Karl, Wien, 9. VI. 1711. S. 171. — Die sechs Minister waren: Prinz Eugen, Trautson, die Hofkanzler Seilern und Sinzendorf, Wratislaw, der Reichsvicekanzler Schönborn. Mit Ausnahme des letzteren, der an die Stelle des Sekretärs v. Buol trat, waren es dieselben, die zu Lebzeiten Josephs die geheime Konferenz gebildet hatten. Wratislaw (S. 171) erwähnt noch fälschlich als siebentes Mitglied des Regentschaftsrates den Grafen Th. Gundacker von Starhemberg. Arneth, Leben Guido von Starhembergs, S. 663, und, vielleicht im Anschluß an ihn, Krones, Grundriss der österr. Gesch., S. 645, Rosenlehner, D. Stel-

tigen, geheimzuhaltenden Vorkommnisse mit dem Obersthofmeister Fürsten Trautson und dem böhmischen Kanzler Grafen Wratislaw zu besprechen, befolgte die Kaiserin nicht. Sie zog vielmehr ihre Günstlinge, den Oberstkämmerer Grafen Waldstein, den Grafen Windischgrätz und den Grafen Mansfeld, Fürsten zu Fondi, zu den Beratungen hinzu. Waldstein und Windischgrätz waren nach Karls Ansicht „zu nichts als zu Intriguen gut“, Wratislaw hielt den Windischgrätz für „den größten Brouillon und Kabalist an diesem Hof“ <sup>1)</sup>).

Diese Männer bildeten die Partei der Kaiserin. Sie traten mehr und mehr in feindlichen Gegensatz zum Grafen Wratislaw, dem Vertrauten Karls. Im Interesse seines Herrn glaubte Wratislaw zu handeln, wenn er der Kaiserin nicht alle Geheimnisse der österreichischen Politik mitteilte, sie zahlte ihm mit gleicher Münze heim <sup>2)</sup>. Schroff trat der Konflikt zwischen Wratislaw und der „chirarchia faemina“ zu Tage, als es sich um die Besetzung der Minder-schreiberstelle an der böhmischen Landtafel <sup>3)</sup> handelte. „Viel emeritierte Appellationsräte, professores iuris und stattliche Advokaten samt einigen von dem Ritterstand, denen proprie derlei officia gehören“, bewarben sich um dieses Amt. Die Kaiserin hätte es aber gern einem Kammerdiener, dem Enkel

---

lung d. Kurf. u. s. w., S. 3, nennen noch die Grafen Kinsky und Herberstein. Auch diese Angabe ist unrichtig. Arneth hat sich selbst in Prinz Eugen, II, S. 173 und 483, Anm. 19, berichtigt. — Die Veränderungen der Kaiserin bezogen sich weniger auf die Organisation der Regierung als vielmehr auf die Personen. Vgl. Arneth, Corresp., Wratislaw an Karl, Wien, 22. IV. 1711. S. 145.

1) Arneth, Corresp., Karl an Wratislaw, Barcelona, 27. V. 1711 S. 158 u. Wratislaw an Karl, Wien, 3. VI. 1711. S. 171.

2) Ebendas., Wien, 22. IV. u. 27. V. u. 3. VI. 1711. S. 147. 149. 166. 171—172.

3) Das in Böhmen schon im 14. Jahrhundert bestehende Institut für Grund- und Hypothekenbücher. Vgl. Palacky, Časopis česk. Museum (1835), IV, S. 434 ff. — Ders., Gesch. von Böhmen, II, (Prag 1839), S. 152 ff. — Bartsch, D. Landtafel in ihrer gegenwärtigen Gestalt (Wien 1889).

einer ihrer Kammerfrauen, gegeben. Wratislaw widersetzte sich diesem Vorhaben als böhmischer Kanzler mit aller Kraft, obwohl man ihn immer wieder mit Bitten bestürmte. Nur durch wiederholte Mahnungen konnte Karl erreichen, daß diese Streitigkeiten nicht ausarteten. Ihr Ende fanden sie erst mit seiner Rückkehr nach Deutschland <sup>1)</sup>).

Unter diesen Umständen war es natürlich unmöglich, daß von Wien aus eine thatkräftige Politik betrieben wurde. Man ließ die Dinge ihren Lauf nehmen und vermied es, in allen irgendwie bedeutsameren Fragen eine Entscheidung zu fällen. Den Gesandten der auswärtigen Mächte erklärte man, erst nach der Rückkehr Karls einen bindenden Bescheid auf ihre Anfragen und Wünsche geben zu können. „Die Consilia sind hier allenthalben sehr timida, und, die ein Herz haben, scheuen es sich zu sagen, dürften auch wohl nicht gefolgt werden. Endlich, wo kein Herr vorhanden, und von dessen Intention man nicht weiß, noch sicher ist, was er will, und wie er es begreift, ist auch schwer, etwas zu proponieren oder über sich zu nehmen, so da einen unsicheren Ausschlag, dem alle Welt-sachen leider, besonders bei diesen Konjunkturen, unterworfen, geben könnte“ <sup>2)</sup>).

Während man in der Wiener Hofburg in den ersten Tagen nach Josephs Tode den Mut völlig verlor und vor Verzweiflung sich nicht zu helfen wufte, fühlte sich der englische, außerordentliche Gesandte Lord Peterborough <sup>3)</sup> berufen, auf eigene Faust die Lösung der spanischen Frage zu betreiben. Am Morgen des 17. April eilte er „in seiner gewöhnlichen Hitze und Konfidenz“ zum Grafen Wratislaw und teilte

---

1) Arneth, Corresp., Wratislaw an Karl, Wien, 3. u. 10. VI. u. 31. VIII. 1711. S. 173. 175. 216; Karl an Wratislaw, Barcelona, 11. VI. u. 31. VII. 1711. S. 177 u. 194.

2) Ebendas. Wien, 22. IV. 1711. S. 149.

3) Über Peterboroughs Persönlichkeit vgl. Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 79—80; Landau, Gesch. Kais. Karls, S. 255—258.

ihm mit, daß weder die Seemächte noch die anderen Verbündeten die Vereinigung der deutschen Kaiserwürde mit der Herrschaft über die österreichischen Erblande und die spanische Monarchie gestatten könnten. Da man andererseits Spanien und seine Kolonien nicht in den Händen eines Bourbons lassen dürfe, so biete sich als der beste Ausweg die Vermählung der ältesten Tochter Kaiser Josephs mit dem erstgeborenen Sohne des Herzogs von Savoyen. Diesem könne man alsdann Spanien übergeben, während Mailand, Neapel, Sicilien und die österreichischen Erblande unter die Herrschaft Karls kämen. Die Seemächte würden seine Kaiserwahl unterstützen; übrigens könne er auf die Stimmen aller Kurfürsten sicher zählen. Daß Preußen sich mit „schlechten Absichten“ trage, sei sehr unwahrscheinlich <sup>1)</sup>).

Wratislaw gab zu, daß man bei der Kinderlosigkeit Karls auf diesen oder ähnliche Teilungspläne zurückgreifen müsse. Er forderte außer den spanischen Nebenlanden noch Savoyen für Karl; eine endgültige Entscheidung könne jedoch erst nach dessen Rückkehr erfolgen. Seinem Herrn riet er, auf diesen Plan einzugehen: „Denn, da die Conquista von Spanien noch ungewiß, so wäre nicht ratsam noch thunlich, das Sichere zu verlieren und zu riskieren, um das Unsichere zu suchen.“ Er solle vielmehr gegen Verzicht auf Spanien und

---

1) Ber. d. holländ. Ges. Hamel Bruyninx an die Generalstaaten nach Mitteilungen Peterb., Dat. Wien, 17. IV. 1711 (in deutscher Übers.) D. St. A.; ein Auszug gedr. bei Lamberty, Mém., VI, S. 638—639; Arneth, Corresp., Wrät. an Karl, Wien, 22. IV. 1711. S. 148—150. — Der Bericht d. sächs. Ges. Wackerbarth, Wien, 18. IV. 1711. D. St. A., stimmt im wesentlichen mit dem Bruyninx' überein, sodafs der Vorwurf Landaus (Gesch. Kais. Karls. S. 661), Bruyninx' Bericht sei stark entstellt, unberechtigt ist. Vgl. Droysen, Gesch. d. preufs. Pol., IV, 1, S. 237 u. 316; Arneth, Prinz Eugen, II, S. 172; Landau, Gesch. Kais. Karls, S. 660—665; Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 94—95; O. Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 87. Bruyninx berichtet, daß an jener Unterredung außer Wratislaw noch der Reichsvizekanzler Graf Schönborn teilgenommen habe. Wratislaw schreibt hingegen (S. 149): „Von dieser Materie weiß kein Mensch in der Welt als ich.“ Der Kaiserin machte er keine Mitteilung von seiner Unterredung.

seine Kolonien Neapel, Sicilien, Mailand, Savoyen, Piemont, Toskana und vielleicht auch Parma an sich zu bringen suchen.

Peterborough glaubte der Zustimmung Wratislavs und damit Karls zu seinen Plänen sicher zu sein. Dem päpstlichen Neffen Hannibal Albani und dem Wiener Nuntius Piazza sagte er die Rückgabe Comacchios an den Kirchenstaat zu und erhielt dafür das Versprechen, die Wahl Karls unterstützen zu wollen.

Dann suchte er den sächsischen Gesandten Grafen von Wackerbarth <sup>1)</sup> auf und bat ihn, „er möchte ihm treuherzig sagen, ob sein König etwa auf die Erlangung der kaiserlichen Dignität sein Absehen gerichtet“. Wackerbarth erwiderte: „S. M. könnte hiervon so viel Präension als jemand anderes machen, sie hätte aber immer ein Wohlwollen für das gemeine Wesen gezeigt; in dieser so epineusen Konjunktur würde sie auch dero Verlangen nach selbiger regulieren.“

Diese Antwort war Peterborough „zu politisch“, er forderte ein einfaches Ja oder Nein. Graf Wackerbarth entgegnete, König August sei bereit, für Karl einzutreten, wenn England und Osterreich seine Pläne unterstützen wollten. Um den französischen Krieg zu beenden, müsse man erst die nordischen Wirren beseitigen, dann den Türken entgegen treten, damit nicht etwa Karl genötigt würde, seine Truppen zum Schutze der Erblande vom westlichen Kriegsschauplatze abzurufen. In Zukunft müsse man erwarten, daß Frankreich, Schweden und die Türkei im Einvernehmen miteinander handeln und von allen Seiten in das Reich einzufallen versuchen würden. Um diesen Angriffen zu begegnen, solle die große Allianz ein starkes Heer zur Verteidigung des Oberrheins aufstellen und eine Flotte zur Unterstützung Dänemarks und namentlich zur Eroberung der deutsch-schwedischen Provinzen in die Ostsee senden. In kurzer Zeit werde sie Schweden zum Abschluß eines Friedens zwingen

1) Über ihn siehe Allg. Deutsche Biographie, Bd. 40 (Leipzig 1896), S. 449—451.

und unterdessen die Türken durch ein Bündnis zwischen Österreich, Rußland und Polen im Schach halten können.

Peterborough pflichtete diesen Ausführungen bei und versprach die Unterstützung Englands. Noch an demselben Tage begab er sich zu dem holländischen und hannöverischen Gesandten und teilte auch ihnen seine Pläne im geheimen mit. Dann reiste er nach Turin, um die Zustimmung des Herzogs von Savoyen zu gewinnen, das englische Mittelmeergeschwader nach Barcelona zu führen und Karl sofort nach Deutschland zurückzubringen.

Seine Vorschläge billigte Viktor Amadeus gern, soweit sie ihm nützlich waren; die Zumutung, Savoyen an Österreich zu überlassen, wies er jedoch weit von sich. Vielmehr verlangte er für die Abtretung von Port Mahon und gewisser Gebiete von Amerika an England eine entsprechende Entschädigung durch Teile des spanischen Italiens. Sei das Ziel glücklich erreicht, so solle Peterborough zum Lohn die Hand seiner natürlichen Tochter erhalten.

Diese Art, Politik zu treiben, war an sich ohne viel Belang. Karl war völlig im Recht, wenn er schrieb: „Ist aber nicht viel Reflexion darauf zu machen, denn Peterborough ein wunderlicher Heiliger ist, und mich nur wundert, daß er noch so viel Glauben findet“<sup>1)</sup>. Erst mittelbar durch die Aufregung, die diese Verhandlungen nach ihrem Bekanntwerden hervorriefen, gewannen sie Bedeutung. Niemand wollte glauben, daß Peterborough wie Wratislaw ohne Instruktion gehandelt hätten<sup>2)</sup>; man vermutete allerlei dunkle Pläne, und das Gefühl der Unsicherheit nahm zu. Man empfand, daß große Ereignisse in nächster Zukunft bevorstünden<sup>3)</sup>, ohne doch zu wissen, in welcher Richtung sich

1) Arneth, Corresp., Karl an Wrät., Barcelona, 27. V. 1711. S. 162.

2) Ber. d. österr. Ges. Grf. Sinzendorf, Haag, 1. V. 1711. W. St. A. F.

3) Gegenüber der Darstellung, die Klopp im XIV. Bande seines Werkes von diesem Zeitabschnitt giebt, kann nicht oft genug betont werden, daß in ganz Deutschland, selbst an Höfen zweiten und dritten Ranges, immer und immer wieder an den nahe bevorstehenden Frieden



die Verhältnisse entwickeln würden. Besonderes Gewicht legte man darauf, daß es ein englischer Gesandter war, der diese Pläne ersonnen, da man wohl wußte, daß die Entscheidung, in welcher Weise die spanische Frage gelöst werden sollte, in den Händen der Seemächte lag. Deshalb richteten sich jetzt aller Augen nach dem Haag und nach London.

Das englische Toryministerium stand seit der Mitte vorigen Jahres in geheimen Verhandlungen mit Frankreich. Am Todestage Kaiser Josephs überbrachte ein Unterhändler dem französischen Ministerium in Marly die Bedingungen, auf deren Grundlage England bereit war, einen allgemeinen Frieden herbeiführen zu helfen: dem Hause Bourbon sollten Spanien und seine Kolonien zufallen <sup>1)</sup>).

Wollte England auf diesem Wege zu seinem Ziele gelangen, so mußte es vor allen Dingen verhindern, daß von seiten seiner Verbündeten der gleiche Weg betreten würde. Deshalb entsprach der englische Gesandte Lord Raby völlig den Absichten seines Kabinettes, als er sich, sobald die Todesnachricht im Haag eingetroffen war, mit dem Großpensionarius Heinsius darüber verständigte, daß Spanien mit seinen Kolonien an den Herzog von Savoyen fallen und sein Sohn eine österreichische Prinzessin heiraten solle. Die Kaiserwahl Karls erklärten beide Staatsmänner für unbedingt notwendig und verpflichteten sich, mit allen Kräften für sie einzutreten <sup>2)</sup>).

Der Gedanke, dem Hause Savoyen die spanische Krone zuzuwenden, wurde von England noch auf dem Utrechter

gedacht und mit ihm gerechnet wurde, und daß man in der Teilung der spanischen Monarchie die einzig mögliche Lösung der spanischen Frage sah. Wenn die österreichischen Diplomaten, im Vertrauen auf papierene Verträge, alle diese Stimmen unbeachtet ließen, so ist das ein Zeichen, daß sie vielleicht gute Menschen, aber sicher schlechte Staatsmänner waren. Ihre Sorglosigkeit und Unfähigkeit waren die Vorbedingungen für den Utrechter Friedensschluss.

1) Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 11 ff. 30—32.

2) Ebendas. S. 90.

Kongresse vertreten <sup>1)</sup>); jetzt leistete er treffliche Dienste, um die Verbündeten allmählich für die wahren Pläne Englands zu gewinnen und, falls die Verhandlungen mit Frankreich scheiterten, noch eine andere, den Interessen Englands genehme Lösung der spanischen Frage zu bieten. Dadurch, daß Heinsius seine Zustimmung dazu gab, löste er sich tatsächlich von den Verpflichtungen der großen Allianz. England brauchte jetzt nicht mehr zu fürchten, daß Holland, mit Österreich im Bunde, sich über seinen Kopf hinweg mit Frankreich verständigen werde.

Um die anderen Bundesgenossen bei den bisherigen Abmachungen festzuhalten und freie Hand für seine Verhandlungen mit Frankreich zu gewinnen, erklärte der Staatssekretär St. John im Namen der englischen Königin vor beiden Häusern des Parlaments, die Regierung sei gewillt, das Interesse Österreichs zu wahren, den Krieg nur durch einen dauernden und ehrenvollen Frieden zu beenden und zunächst ihren ganzen Einfluß für die Kaiserwahl Karls einzusetzen. Das Parlament billigte diese Politik. Daher schrieb die Königin Anna an die Kurfürsten und empfahl ihnen die Wahl Karls.

Einen gleichartigen Beschluß faßten die Generalstaaten und teilten ihn allen Verbündeten mit <sup>2)</sup>. Ihren Viceadmiral Pieterse, den Befehlshaber des holländischen Mittelmeergeschwaders, beauftragten sie, im Einvernehmen mit Karl und dem englischen Admiral zu handeln. Die Aufregung, die beim Bekanntwerden der Pläne Peterboroughs entstand, suchten Heinsius und Lord Raby möglichst schnell zu beseitigen. Peterborough wurde desavouiert und sofort zur Verantwortung nach London zurückberufen <sup>3)</sup>.

Ihre wahren Absichten ließen Heinsius und Lord Raby dem hannöverschen Gesandten gegenüber durchblicken.

1) Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 240 ff.; Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 285.

2) Lamberty, Mém., VI, S. 624—635; Theatrum Europaeum, XIX, S. 379—380.

3) Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 95.

„Augenblicklich“ hielt es Heinsius für sehr gefährlich, die spanische Frage aufzurollen; „zur Zeit ist vor allen Dingen erforderlich, die Kaiserwahl zu beschleunigen, ohne daß dem König Karl auch nur der Gedanke kommen darf, es habe jemand die Absicht, die spanische Monarchie auf einen anderen zu bringen“.

Lord Raby äußerte sich: „Wozu dient es, die Nachteile hervorzuheben, welche die Folge einer Vereinigung der Kaiserwürde und des spanischen Königtums sein könnten, zu einer Zeit, da die spanische Monarchie sich thatsächlich in den Händen des Herzogs von Anjou befindet? Ist es nicht Zeit genug, erst dann, wenn die Verbündeten Meister von Spanien sind, darüber zu beraten, zu wessen Gunsten darüber verfügt werden soll? Für jetzt reicht es hin, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu verbleiben“ <sup>1)</sup>.

Und so geschah es auch. England setzte seine geheimen Verhandlungen mit Frankreich fort, unterstützte zu gleicher Zeit die Kandidatur Karls und gewann dadurch die beste Rechtfertigung für seine Unterhandlungen.

---

Die Stellungnahme der Seemächte zur Kaiserwahl bestimmte die Politik der meisten deutschen Kurfürsten. Im Reiche war der Glaube, König Friedrich von Preußen werde sich diesmal um die Kaiserkrone bewerben, allgemein verbreitet, und es hieß, er wolle in Anregung bringen, daß sich ein katholischer und ein protestantischer Kaiser abwechselnd folgen sollten. Als die Nachricht vom Tode Josephs nach Frankfurt a. M. kam, äußerte der preussische Resident gesprächsweise, „daß wegen wichtiger Ursachen die Wahl eine Zeitlang wohl suspendiert werden müßte, auch werde man bald von solchen Deklarationen hören, dergleichen man nie vermuten könne“. Diese dunkle Prophezeiung wurde an

---

1) Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 94—96. Aus den Worten Heinsius' schließt Klopp, daß er „in der Vereinigung der Kaiserwürde und des spanischen Königtums keine Gefahr“ sieht. Vgl. Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 90.

den rheinischen Kurfürstenhöfen eifrig nach den verschiedensten Richtungen hin ausgelegt und sofort weiter verbreitet <sup>1)</sup>. Man fürchtete im stillen, daß die Seemächte den preussischen Plänen günstig gegenüberständen <sup>2)</sup>. Deshalb hielt man sich anfangs am Rhein vorsichtig zurück.

In Mainz regierte Lothar Franz von Schönborn. Die Zeiten, da ein Schönborn auf dem Mainzer Bischofsstuhle eine unabhängige Politik im großen Stile zu treiben versucht hatte, waren vorüber. Lothar Franz war kein großer Staatsmann, dazu war er zu ängstlich. Als guter Patriot hielt er treu zu Oesterreich. Doch auch andere Gründe bestimmten ihn zu dieser Politik. Er stammte aus einer weitverzweigten, wenig begüterten Adelsfamilie des Westerwaldes <sup>3)</sup>. An sechzig Verwandte hatte er zu versorgen; ein Teil von ihnen fand im Dienste des Kaisers sein Brot. Sobald Lothar Franz die Nachricht vom Tode Josephs erhielt, erklärte er, vor seiner Entscheidung über die zu erwählende Person erst die Ratschläge der Seemächte und seiner Mitkurfürsten abwarten zu wollen. Er bedauerte, daß Preußen sich mit dem Wunsche nach der Kaiserkrone trüge; diesem Streben werde er entgegenarbeiten <sup>4)</sup>. In einer Unterredung mit dem Prinzen Eugen von Savoyen, der auf der Reise von Wien nach dem belgischen Kriegsschauplatze bei ihm vorsprach, äußerte er sich in ähnlicher Weise <sup>5)</sup>. Er schickte seinen Neffen, den Grafen Schönborn, Domprobst von Würzburg, nach dem Haag, um sich über die Absichten der Seemächte Gewißheit zu verschaffen.

In Koblenz war die Stimmung ähnlich wie in Mainz. Seit dem Beginn des Jahres 1711 regierte dort Karl Joseph,

1) Ber. d. sächs. Ges. v. Eberstein, Mainz, 28. IV. 1711. D. St. A.

2) Ber. d. österr. Ges. Grf. Sinzendorf, Haag, 28. IV. 1711. W. St. A. F. und Ber. d. sächs. Legationsrates Lehmann, Hamburg, 6. V. 1711. D. St. A.

3) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., I, 303.

4) Ber. d. sächs. Ges. v. Eberstein, Mainz, 23. u. 28. u. 30. IV. 1711. D. St. A.

5) Arneth, Prinz Eugen, II, S. 167.

der zweite Sohn des berühmten kaiserlichen Feldherrn, des Herzogs Karl von Lothringen und der Erzherzogin Eleonore, der Schwester Kaiser Leopolds. Seine Wahl zum Erzbischof hatte er durch schamlose Bestechungen erreicht, indem er den Domherren ihre Einkünfte um 300 Thaler jährlich zu erhöhen versprochen und einem jeden ein Geschenk von 2500 Goldgulden durch eine öffentliche Bank hatte auszahlen lassen — Vorgänge, von denen man in Rom genaue Kenntnis besaß <sup>1)</sup>. Vor seiner Wahl hatte Karl Joseph die Bistümer Olmütz und Osnabrück innegehabt. Durch den Einfluß Österreichs bei der Kurie hoffte er, vom Papst die Erlaubnis zu erhalten, alle drei Bistümer in seiner Hand vereinigen zu dürfen. Die Bande der Verwandtschaft, die überlieferte Feindschaft gegen Frankreich und die Rücksicht auf seinen eigenen Vorteil bestimmten Karl Joseph, in der Politik dem Hause Österreich zu folgen. Die spanische Frage machte ihm wenig Sorge. Ihm war es ganz recht, wenn König Karl durch seine Machtstellung in Italien einen Druck auf den Papst ausüben konnte <sup>2)</sup>.

Der treueste Parteigänger Österreichs unter den Kurfürsten war Johann Wilhelm von der Pfalz, der Bruder der Kaiserin-Regentin. Nach der Ächtung Max Emanuels von Baiern hatte er die Oberpfalz, die Grafschaft Cham und die alte obere Rangstellung im Kurfürstenrate zurückgewonnen. Nur im engsten Anschluß an Österreich durfte er hoffen, bei einem allgemeinen Frieden diese Erwerbungen sich zu sichern. Auch seine Ansprüche auf Toskana konnten nur mit österreichischer Hilfe dereinst geltend gemacht werden <sup>3)</sup>. Sein Bruder Franz Ludwig, bisher Bischof von Breslau und Worms, Hoch- und Deutschmeister, war 1710 zum Koadjutor von Mainz erwählt worden. Für ihn hoffte er, durch kaiserliche Ver-

---

1) Registro di cifre scritte per Segretario di Stato a Mons. Annibale Albani a Vienna. 30. V. 1711. Nunziatura di Germania 49 A. — V. A.

2) Ber. d. sächs. Ges. v. Plantamour, Koblenz, 30. IV. 1711. D. St. A.

3) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 216; Rosenlehner, D. Stellung d. Kurfürsten, S. 15—16.

mittelung vom Papst denselben Gnadenbeweis wie Karl Joseph von Trier zu erhalten. Aus Rücksicht auf alle diese Gründe versprach Johann Wilhelm dem Prinzen Eugen, für die Wahl Karls einzutreten und sich mit den beiden geistlichen Kurfürsten über die notwendigen Maßnahmen zu verständigen. Auch er äußerte starke Bedenken gegen die Pläne Preussens <sup>1)</sup>).

Sobald an den Höfen dieser rheinischen Kurfürsten die Beschlüsse der Generalstaaten und des englischen Parlamentes bekannt wurden, ließen sie schnell alle Sorgen vor den finsternen Plänen des Berliner Hofes fallen. Jubelnd verkündeten sie, jetzt sei den Katholiken die Furcht genommen, daß mit Hilfe der Seemächte ein Protestant nach der Kaiserkrone greifen dürfe. Offen erklärten sie sich für König Karl, und der Mainzer schrieb den Wahltag nach Frankfurt a. M. für den 20. August aus <sup>2)</sup>).

Mit derselben Sicherheit konnte man in Wien auf die Stimme des Kurfürsten von Hannover rechnen. Bei der Verleihung der Kurwürde im Jahre 1692 hatte Kaiser Leopold Hannover für alle Zeiten verpflichtet, seine Stimme dem jeweiligen Kandidaten des Hauses Habsburg zu geben <sup>3)</sup>). Wollte sich Georg Ludwig jetzt etwa in Gegensatz zu Österreich setzen, so konnte er leicht in die Gefahr kommen, seine vielfach angefochtene, neue Würde wiederum in Frage gestellt zu sehen. Überdies bedurfte er eines starken Rückhaltes, da er seine Thronfolge in England durch das Toryministerium bedroht glaubte <sup>4)</sup>). Alle seine Wünsche und Gedanken richteten sich natürlich auf die Entwicklung der

---

1) Arneth, Prinz Eugen, II, S. 171; Ber. d. sächs. Ges. Büchekron, Düsseldorf, 7. V. 1711. D. St. A.

2) Schreiben d. Kurfürsten v. Mainz an Kais.-Reg., Mainz, 30. IV. 1711; d. Kurf. v. Trier, Ehrenbreitstein, 30. IV. 1711. W. St. A. F. Wahlausschreiben vom 4. V. 1711, gedr. bei Lünig, Teutsche Reichs-Cantzlei, 7. Teil, S. 234, Nr. 76. — Arneth, Prinz Eugen, II, S. 170 giebt fälschlich an, daß dieses letztere Schreiben schon vor dem 1. V. abgesandt worden sei.

3) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 55.

4) Weber, D. Friede v. Utrecht, S. 138—139; Klopp, D. Fall d. Hauses Stuart, XIV, S. 186 ff. 203 ff.

englischen Parteiverhältnisse. Jedes Ereignis, das seine Aufmerksamkeit und seine Kräfte auf dem Festlande in Anspruch zu nehmen drohte, mußte ihm unerwünscht erscheinen. Die Mahnung Wratislaws, Georg Ludwig möge seinerseits beitragen, „damit man die Vikariatsregierung desto eher loswerde“, fiel bei ihm auf fruchtbaren Boden. Am 30. April theilte er daher der Kaiserin-Regentin mit, daß er die Kandidatur Karls unterstützen werde.

Welche Pläne der Kurfürst von Sachsen, König August von Polen, verfolgte, werden wir später sehen. Die Seemächte fürchteten gewisse Anstände von seiner Seite. Um so größer war die Überraschung, als er sich zuerst für die Wahl Karls entschied. Der sächsische Gesandte in Wien erklärte, König August werde bei dieser Gelegenheit seine gute Gesinnung gegen Österreich und die Seemächte betätigen. Im Haag und in London ließ König August die gleiche Eröffnung machen. Karls Bevollmächtigter im Haag, Freiherr von Zinzerling, vergoß Freudenthränen bei dieser Nachricht. Der Ratspensionarius Heinsius versprach, seinerseits das Interesse König Augusts im Auge zu behalten <sup>1)</sup>.

Daß alle diese Kurfürsten sich für Karl erklären würden, hatte man in Wien erwartet. Max Emanuel von Baiern und Joseph Klemens von Köln kamen nicht in Frage, da sie ja durch die Acht ihrer Würden beraubt und aus ihren Ländern vertrieben waren. Besorgnis hegten die österreichischen Staatsmänner nur vor den begierlichen Wünschen Preussens. In unverhüllter Deutlichkeit trat während der Regierung Friedrichs I. das Streben nach Erweiterung der Macht und des Ansehens Preussens zu Tage. Geldern, eine gegen Frankreich gerichtete Barriere zwischen Rhein und Maas, die oranische Erbschaft, die europäische Anerkennung der preussischen Königswürde, die Statthalterschaft oder wenigstens das höchste

1) Weisung an v. Gersdorf, sächs. Ges. im Haag, Dresden, 24. IV. 1711; Ber. Gersdorfs, Haag, 28. IV. 1711; Ber. d. sächs. Ges. Elormes, London, 5. V. 1711. D. St. A.

militärische Kommando in den Niederlanden: das waren die Ziele, derentwegen Friedrich am spanischen Erbfolgekriege teilnahm. Zu gleicher Zeit verhandelte er abwechselnd mit Rußland, Polen und Schweden, um Teile von Pommern und Westpreußen zu gewinnen. Nicht genug damit, jahrelang suchte er auf diplomatischem Wege, den Besitz der fränkischen Hohenzollern an sich zu bringen. Über alle Ansprüche, die Preußen irgendwo in der Welt erheben konnte, wurde damals in Berlin genau Buch geführt <sup>1)</sup>).

War es Friedrich glücklich gelungen, eine Königskrone zu erringen, so richtete er, zeitweise wenigstens, seine Blicke auf das Diadem der deutschen Kaiser. Er war zwar durch den Krontraktat vom 16. Oktober 1700 verpflichtet, mit Vorbehalt seines freien Wahlrechtes in erster Linie bei allen Kaiserwahlen für Österreich einzutreten <sup>2)</sup>). Allein durch diese, allerdings sehr verklausulierte, Bestimmung fühlte er sich nicht gebunden. Im Jahre 1706 verhandelte er, freilich erfolglos, mit Schweden und Hannover, „dafs bei der Wahl der künftigen römischen Könige und Kaiser den lutherischen und reformierten Reichsständen ihre Religion nicht im Wege stehen sollte, zum Kaisertume zu gelangen“. Diese Pläne drangen bald in die Öffentlichkeit. In Wien erhielt man Kunde von ihnen durch Mitteilungen des Kurfürsten von Hannover <sup>3)</sup>).

Noch auf anderem Wege gewannen die Wiener Diplomaten Einblick in die Ziele der preussischen Politik. Dem Freiherrn von Reichenbach, der eine Zeitlang die Verhandlungen mit den fränkischen Hohenzollern geführt hatte, stahl sein Sekretär Vockerorde seine geheime Korrespondenz und spielte sie den Österreichern in die Hände. Aus ihr entnahmen sie, dafs man in Berlin gewillt sei, den preussischen Kronprinzen bei

---

1) Noorden, Die preufs. Politik im spanischen Erbfolgekriege, Histor. Zeitschr., XVIII, S. 298 ff. 308—311; Höfler, Fragmente zur Gesch. Kaiser Karls VI. in Sitzungsber. d. Wiener Akademie, Hist. Klasse, Wien 1868, Bd. LX, S. 418—423.

2) Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., II, S. 137.

3) Droysen, Gesch. d. preufs. Politik, 2. Aufl., IV, 1, S. 207—208.



der nächsten Kaiserwahl sich um die Krone bewerben zu lassen. Äußerungen ähnlichen Inhaltes wurden dem preussischen Gesandten in Wien nachgesagt <sup>1)</sup>.

Diese Bestrebungen während der letzten zehn Jahre hatten viel Staub aufgewirbelt und die schlimmsten Absichten bei Preussen vermuten lassen; sie gewöhnten alle Welt daran, jeder Handlung der preussischen Diplomatie bösartige, geheimnisvolle Beweggründe unterzuschieben. „Jener Hof hat sich gewiß eine fast durchgängige Jalousie erworben“ <sup>2)</sup>.

Thatsächlich wurde im Jahre 1711 in Berlin niemals ernstlich an die Bewerbung um die Kaiserkrone gedacht. Seit dem Sturze Kolbes von Wartenberg gewann Rüdiger von Ilgen maßgebenden Einfluß auf die preussische Politik. Er ging vor allem darauf aus, für die Leistungen Preussens im spanischen Erbfolgekriege eine entsprechende Entschädigung an Land und Leuten zu gewinnen <sup>3)</sup>. Der Tod Josephs schien ihm die Möglichkeit zu bieten, durch eine Teilung der spanischen Monarchie den Frieden mit Frankreich herbeizuführen und dabei für Preussen eine Gebietserweiterung herauszuschlagen. Zugleich konnte es sich die Begünstigung der Wahl Karls nach Möglichkeit vergüten lassen.

Sobald daher in Berlin die Nachricht vom Tode Josephs eintraf, wurden die preussischen Gesandten in London und im Haag beauftragt, an maßgebender Stelle zu erklären, Preussen sei entschlossen, an seiner bisherigen Politik, an dem Bunde mit den Seemächten, festzuhalten. Unter den gegenwärtigen Umständen müsse man wieder auf die alten Teilungspläne zurückgreifen; deshalb sollten die Seemächte ihre Gedanken über diese Frage dem Berliner Hofe anvertrauen, damit man gemeinsam nach einem Plane vorgehen könne <sup>4)</sup>.

---

1) Arneth, Die Relationen der Botschafter Venedigs in Fontes rer. Austr., LXII, S. 25.

2) Ber. d. sächs. Ges. v. Eberstein, Mainz, 28. IV. 1711. D. St. A.

3) Vgl. Droysen, Gesch. d. preufs. Politik, IV, 1, S. 232 ff.

4) Weisung an d. preufs. Ges. Bonnet in London und Hymmen im Haag, Köpenik, 25. IV. 1711. B. St. A.

Da eine zufriedenstellende Antwort ausblieb, wurden die Anfragen immer dringender. Preußen schlug vor, Karl möglichst bald die Kaiserkrone zu verschaffen und seine Rückkehr nach Deutschland zu veranlassen: dann könnten die verbündeten Mächte an die Teilung der spanischen Monarchie gehen und zugleich den Frieden mit Frankreich herstellen <sup>1)</sup>. Es war die Besorgnis vor den drohenden Kämpfen im Osten, die Preußen eine schnelle Verständigung mit Frankreich erwünscht erscheinen ließen.

Heinsius erklärte sich mit der Beschleunigung der Wahl Karls völlig einverstanden. Er konnte sich nicht genug thun, die Schwierigkeiten zu schildern, die entstehen würden, wenn man die Wahl Karls verzögerte. Um so mehr freue es ihn, daß Preußen eine so gute Gesinnung hege und mit den Seemächten Hand in Hand gehen wolle. Zum Dank dafür versprach er, alle seine Kräfte einzusetzen, um in dem oranischen Erbschaftsstreite einen Preußen befriedigenden Abschluß zu erreichen. Das Wichtigste aber, eine Besprechung der spanischen Frage, lehnte er ab, so oft ihn auch der preussische Gesandte aufsuchte und in ihn drang. In dieser Sache erwarte er Vorschläge von seiten Englands, über die er sich dann seiner Zeit mit Preußen verständigen werde <sup>2)</sup>.

Die Berliner Regierung gab sich mit dieser Abweisung nicht zufrieden, sie betonte nachdrücklich, diese Frage müsse entschieden sein, ehe an die Feststellung der Wahlkapitulation gegangen werden könne <sup>3)</sup>. Alles Sturmlaufen war aber vergeblich. Heinsius und Lord Raby blieben fest, die Frage sei vor der Wahl Karls noch nicht spruchreif. In die Wahlkapitulation dürfe keine Bestimmung über die spanische Monarchie gebracht werden, weil Karl sich sonst veranlaßt fühlen könnte, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen. Beim

---

1) Weisung an Hymmen, 27. IV., 2. u. 5. V. 1711. B. St. A.

2) Ber. Hymmens, Haag, 28. IV., 1 u. 2. V. 1711 u. Ber. Meinentzhagens, Haag, 1. V. 1711. B. St. A.

3) Weisung an Hymmen, Charlottenburg, 9. u. 12. u. 29. V. 1711. B. St. A.

Friedensabschluss würden die Seemächte schon Sorge tragen, daß das Gleichgewicht in Europa keinen Schaden erleide. Im geeigneten Augenblick würden sie sich mit Preußen verständigen und gemeinsam handeln. Zum Trost konnte der preussische Gesandte noch nach Hause berichten, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern sein könnte, da Friedensverhandlungen mit Frankreich allem Anschein nach schon im Gange seien; Spanien werde an Philipp fallen <sup>1)</sup>).

Am 20. Mai reiste der König von Preußen nach dem Haag. Dort werden sicherlich bei den Besprechungen mit den holländischen und englischen Staatsmännern diese Fragen wieder erörtert worden sein, freilich auch mit demselben negativen Erfolge für Preußen. Ebenso ergebnislos blieben die Versuche des preussischen Gesandten in London, in die Absichten der englischen Regierung einen Einblick zu gewinnen <sup>2)</sup>. Man mußte sich eben gedulden, bis die großen Herren es an der Zeit fanden, ihre Karten aufzudecken.

Während Preußen im Haag auf die Teilung der spanischen Monarchie drang und den Seemächten anbot, durch dick und dünn mit ihnen „de concerto“ zu gehen, suchte es zugleich mit Frankreich in Fühlung zu treten (s. u.) und zu Österreich in ein herzlicheres Verhältnis als bisher zu kommen, um bei dem bevorstehenden Frieden mit allen Parteien auf gutem Fusse zu stehen. Deshalb erhielt der preussische Gesandte in Regensburg, von Henniges, die Weisung, jedermann mitzuteilen, daß nach Preußens Ermessen „nichts wichtiger sei, als daß dem Reich je eher je lieber ein ander Oberhaupt wiedergegeben werde, und daß diese höchste Dignität im Reich nicht besser und glücklicher als durch König Karl bekleidet werden könne“. Freilich sollte er hinzusetzen, daß er „deshalb keine positive Instruktion hätte“ <sup>3)</sup>.

---

1) Ber. Hymmens, Haag, 25. V. 1711. B. St. A.

2) Histor. Zeitschr., XVIII, S. 344.

3) Weisung an Henniges, Köln a./Sp., 27. IV. 1711. B. St. A.

Um in Wien die Besorgnis vor den angeblichen Absichten Preussens auf die Kaiserkrone zu zerstreuen, riet der Wiener Gesandte Graf Metternich, Preussen solle eifrig für die Wahl Karls eintreten und ihre Beschleunigung mit allen Mitteln betreiben. Dann könne man auch eine für Preussen günstige Beilegung aller der Streitpunkte fordern, die während der Regierung Josephs die Beziehungen zu Österreich so unerquicklich gestaltet hätten <sup>1)</sup>.

Schon aus eigenem Antriebe hatte die Berliner Regierung am 25. April dem Grafen Metternich den Befehl gegeben, in Wien mitzuteilen, daß sie den Todesfall sehr ungern vernommen habe und in Zukunft, wie bisher, zum Hause Österreich halten wolle <sup>2)</sup>. Am 7. Mai übergab Metternich das offizielle Beileidsschreiben und sprach zugleich die Bereitwilligkeit seines Herrn aus, für Karl seine Kurstimme abzugeben. Diese freudige Nachricht wurde von der preussischen Gesandtschaft absichtlich in der ganzen Stadt verbreitet. „Ich habe mich nicht genug verwundern müssen“, so schreibt der hannöverische Gesandte, „was an beiden Höfen und allenthalben in der ganzen Stadt für ein großes Werk und Rühmens daraus gemacht wird, daß der König in Preussen, von welchem man es am wenigsten vermutet gehabt, sich vor Ihro M., den König von Spanien, und das Haus Österreich so sehr willfährig und affektioniert, auch dabei ein sonderbares Empressement an den Tag leget, alle Finesse zu erweisen“ <sup>3)</sup>.

Nicht genug damit, von Preussen ging ferner die Anregung aus, den Zeitraum bis zum Zusammentritt des Wahl-

1) Ber. Metternichs, Wien, 21. u. 22. IV. 1711. B. St. A.

2) Droysen, Gesch. d. preufs. Pol., IV, 1, S. 236 giebt als Datum dieser Weisung den 23. IV. an. In den mir zur Verfügung gestellten Akten war die erste Weisung nach Wien vom 25. IV. datiert. Sie enthielt die Empfangsbestätigung der Todesnachricht. Am 23. IV. jagte der König bei Frankfurt a./O. Am 24. IV. war nach dem Bericht d. sächs. Ges. Westfal (Berlin, 24. IV. 1711. D. St. A.) noch keine Entscheidung getroffen.

3) Ber. d. hannöv. Ges. v. Huldemberg, Wien, 9. V. 1711. H. St. A. Vgl. Droysen, Gesch. d. preufs. Politik, IV, 1, S. 236.

kollegiums diesmal um einen Monat abzukürzen. In Regensburg eröffnete der preussische Gesandte dem österreichischen, er sei beauftragt, sich mit ihm über alle wichtigen Dinge zu verständigen <sup>1)</sup>. Ende Mai erbot sich sogar Preussen, mit Österreich ein Bündnis abzuschliessen und die Verpflichtung zu übernehmen, alles, was in seinen Kräften stehe, dazu beizutragen, dass die gesamte spanische Monarchie Karl auch nach seiner Kaiserwahl unverkürzt erhalten bliebe <sup>2)</sup>.

Dieses Angebot enthielt das gerade Gegenteil von den Vorschlägen, die Preussen im Haag machen liess, und wurde erst vorgebracht, als jene endgültig abgelehnt waren. Den Diplomaten erschien dieses Vorgehen Preussens zu selbstlos und seinen Interessen zu widersprechend, als dass nicht die alten Gerüchte von den fürchterlichen, geheimnisvollen preussischen Plänen wieder aufgetaucht wären. Besonders an den rheinischen Kurfürstenhöfen war die Verwunderung und das Staunen gross. Bald erzählte man, Preussen gehe darauf aus, im Einvernehmen mit Karl die römische Königskrone für seinen Kronprinzen zu gewinnen. Um die nötigen Verabredungen zu treffen, sei ein preussischer Gesandter schleunigst nach Barcelona gerast <sup>3)</sup>. Im Haag glaubte man, aus gut unterrichteter Quelle zu wissen, dass England diesen Gedanken dem preussischen Könige eingegeben und sich verpflichtet habe, alle protestantischen Kurfürsten zu gewinnen. Friedrich sei nach dem Haag gekommen, um den Widerstand der Generalstaaten zu überwinden, die einer solchen Machterweiterung ihres Nachbars mißgünstig seien <sup>4)</sup>.

1) Weisung an Henniges, Köln a./Sp., 27. IV. 1711. B. St. A.

2) Die Darstellung Droysens (S. 235—238. 241—242), Preussen habe gegen Österreich besonders uneigennützig gehandelt und dieses Bündnisangebot sei der gutmütigen Schwäche des Königs entsprungen, wird sich nicht recht halten lassen, wenn man die preussischen Verhandlungen im Haag, in Wien und die mit den französischen Emissären zusammenhält.

3) Ber. d. sächs. Ges. v. Eberstein, Mainz, 12. u. 19. V. 1711. D. St. A. Dasselbe erzählte der modenese Ges. Grf. Giannini dem hannövr. Ges. v. Huldenberg (Ber. H., Wien, 9. V. 1711. H. St. A.).

4) Ber. d. sächs. Ges. v. Gersdorf, Haag, 16. VI. 1711. D. St. A.

Welche Ziele Preußen wirklich verfolgte, sollte sich bald zeigen. Die freudige Stimmung, die Preußens Entscheidung für Karl in Wien hervorgerufen hatte, suchte es sofort auszunützen<sup>1)</sup>. Mitte Mai überreichte Metternich die preußischen „Desideria“, eine lange Reihe der verschiedensten Forderungen, deren Befriedigung man in Berlin als Lohn für die gute Gesinnung forderte. In Wien verwies man Metternich an König Karl. Schon am 9. Mai war der preussische Hofrat Friedrich Heinrich von Bartholdi von Wien nach Barcelona abgereist. Am 17. Juni teilte er Karl die preussischen Wünsche mit. Er bemerkte dazu: „Es seien die angebrachten Desideria von solcher Beschaffenheit, daß alles lediglich von E. Kgl. M. Willkür und gutem Willen dependiert“<sup>2)</sup>.

Um ihre Erfüllung um so sicherer zu erreichen, versuchte Preußen zunächst die Befürwortung der Generalstaaten zu gewinnen. Heinsius zeigte aber keine Neigung, sich in die schwierigen, reichsrechtlichen Fragen einzumischen, und entschuldigte sich damit, daß die Staaten keinen ständigen Gesandten in Barcelona hätten. Auch auf das Ansinnen, brieflich bei Karl oder durch mündliche Vorstellungen bei dessen Vertreter im Haag, dem Freiherrn von Zinzerling, für die Befriedigung der preussischen Forderungen einzutreten, scheint er nicht eingegangen zu sein<sup>3)</sup>. Als auf diesem Wege nichts zu erreichen war, versuchte König Friedrich es mit Drohungen, und schließlich glückte es, einige Zugeständnisse herauszuschlagen<sup>4)</sup>.

---

1) Weisung an Metternich, Charlottenburg, 9. u. 12. u. 25. V. 1711. B. St. A. Droysen, *Gesch. d. preuß. Politik*, IV, 1, S. 237.

2) Bartholdi an König Karl, Barcelona, 17. VI. 1711. W. St. A. F.

3) Ber. Hymmens, Haag, 15. VI. 1711. B. St. A.

4) Wenn Droysen von den preussischen Desideria (gedr. bei Droys., *Gesch. d. preuß. Pol.*, IV, 4, S. 297—299) sagt, daß „darunter keine gewesen, die nicht im Recht begründet, nicht schon früher gestellt gewesen wäre, keine die dem Hause Österreich ein Opfer kostete, mit einer Ausnahme“, und daß die Gegenerklärung, die man Bartholdi übergab, nur „mehr oder weniger allgemeine und unverbindliche Zusicherungen“ enthalten habe, so geht er entschieden zu weit. Was Karl, ohne eigene

Dafs Preussen derartige Forderungen erheben würde, mußte man in Wien aus alter Erfahrung von vornherein erwarten. Wenn trotzdem die Entscheidung Preussens zu

---

Interessen zu verletzen, versprechen konnte, gestand er in jener Gegenklärung vom 5. IX. 1711 (W. St. A. F.) zu, nämlich die Artikel 1; 2, 1—4; 5; 10; 13. Dafs Karl geneigt war, ein Bündnis mit Preussen zu schließen, zeigen seine Briefe an Wratislaw (Arneth, Corresp., Karl an Wratisl., Barcelona, 31. VII. u. 5. IX. 1711. S. 201 u. 217). Die Ansprüche Preussens auf die schlesischen Fürstentümer konnte er schlechterdings nicht anerkennen, was ja auch Droysen zugiebt. Die Gründe, die Österreich bestimmten, das Kommando über die Neutralitätsarmee nicht in Preussens Hände kommen zu lassen (Art. 17), wird man von seinem Standpunkt aus verstehen (Arneth, Corresp., Karl an Wratisl., Lager zu Villaverde, 9. XI. 1710. S. 129). Die anderen Forderungen (Art. 2, 5; 8; 9; 11; 12; 14—16) konnte Karl zunächst mit vollem Recht zurückweisen. „Es ergibt sich von selbst, dafs hierzu die Gewalt des hohen Kaiseroberamtes erforderlich, dessen sich aber I. Kath. Maj. bis dahin nicht anmassen können; wenn jedoch der Casus zustande gekommen sein wird, alsdann wird Sie nicht unterlassen, im Werk zu bezeigen, dafs Sie in allen thunlichen Vorfällen und Angelegenheiten freundsbrüderlich zu willfahren gemeint sei.“ Gewifs waren die letzten Worte nur eine leere Entschuldigung (vgl. Arneth, Corresp., Karl an Wratisl., Barcelona, 11. VI. 1711. S. 178). Die unbedingte Anerkennung aller dieser Ansprüche aber hätte eine bedeutende Machterweiterung Preussens in sich geschlossen. Preussen hätte am Main Fuß gefafst und im fränkischen Kreise eine maßgebende Stellung gewonnen. Um der österreichischen Politik in dieser Sache gerecht zu werden, muß man auch berücksichtigen, welche Druckmittel König Friedrich anwandte. Der Kaiserin-Regentin liefs er folgenden Brief (dat. Charlottenburg, 31. VIII. 1711. W. St. A. F.) zukommen: „Sofort an dem ersten Tag nach S. Kgl. M. Zurückkunft (aus dem Haag) in dero Lande hat sich ein Abgesandter von dem Könige in Frankreich bei Ihnen eingefunden und Deroselben eine neue Proposition gethan, um Sie zu bewegen, dafs I. Kgl. M. in Spanien Sie anders nicht zu der Kaiserkrone gelangen lassen möchten, als wenn Dieselbe vorher der Succession in der spanischen Monarchie sich begeben. Solche Proposition ward nach der Franzosen Gewohnheit mit sehr großen Offerten vor S. Kgl. M. und Dero Haus, wenn Sie darüber mit dem Könige von Frankreich Mesures nehmen wollten, begleitet. S. Kgl. M. haben alles schlechterdings ab- und zurückgewiesen, auch dem Abgesandten andeuten lassen, sich sofort von Ihnen wegzubeben, und als derselbe sehr exaggerieren wollte, wie gefährlich es für S. Kgl. M. und andere Stände des Reiches wäre, einen so mächtigen Kaiser als den König Karl, wenn

gunsten Karls mit so großer Freude aufgenommen wurde, so geschah es, weil nunmehr jede Berechtigung zu der Besorgnis geschwunden zu sein schien, daß von seiten des Reiches der Kandidatur Karls irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden. Die Stellungnahme der Seemächte zur Kaiserwahl unterdrückte für den Augenblick alle Zweifel an dem weiteren Bestand der Allianz. Am 6. Mai kam die frohe Botschaft nach Wien <sup>1)</sup>, daß durch den Szathmarer Frieden die ungarischen Wirren endgültig beigelegt seien. In Baiern blieb alles ruhig. Die letzten Nachrichten aus Rußland und der Türkei über den Stand der Kriegsrüstungen erweckten die Hoffnung, Karls Wahl zu erledigen, ehe die Entscheidung im Osten gefallen und der Schwedenkönig sich zum Schaden Österreichs in die deutschen Angelegenheiten einmischen könne.

Die verzweifelte Stimmung in Wien schlug schnell um. Prinz Eugen und Wratislaw drangen zwar immer wieder in Karl, er möge zurückkehren, sonst könnte die österreichische Sache Schaden erleiden. Die Kreise der Kaiserin-Regentin hielten die Wahl Karls aber bald für so gesichert, daß sie nicht gewillt waren, den Kurfürsten irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Graf Harrach wurde an die Höfe von Dresden, Berlin und Hannover gesandt, um die für Karl günstige Stimmung rege zu halten. Jedoch erhielt er den Auftrag <sup>2)</sup>, wenn an einem dieser Höfe ihm Andeutungen gemacht würden, daß man auf die Erkenntlichkeit der Wiener

---

er der Kgl. spanischen Monarchie bei dem Kaisertum behielte, so wäre ihm Namens S. Kgl. M. geantwortet worden, daß Sie eben deswegen den König Karl zum Kaiser haben wollte und haben müßte, weil derselbe durch die konservierende Macht von Spanien um so viel mehr im stande sein würde, den Franzosen die Wage zu halten.“ — Die Sprache dieses Briefes war deutlich und erklärt, warum Karl so schnell der Verdienste Preussens um seine Kaiserwahl vergaß, besonders als es offenkundig wurde, daß Preußen sich den französischen Anerbietungen gegenüber nicht so spröde verhalten hatte, wie in jenem Brief geschildert war.

<sup>1)</sup> Wienerisches Diarium v. 6. V. 1711.

<sup>2)</sup> Instruktion d. Grf. Harrach, Wien, 5. VI. 1711. W. St. A. F.



Hofburg in dem oder jenem Punkte rechne, so solle er jede Besprechung dieser Wünsche unter dem Vorwande von sich weisen, daß er infolge längerer Abwesenheit von Wien keine genaue Kenntniss der Sachlage besäße. Die preussischen Bündnisanträge nahm man kühl auf und ließ sich auf weitere Verhandlungen darüber nicht ein. Wozu sollte man sich auch sorgen, da es doch den Anschein hatte, als ob Österreichs Hauptgegner Frankreich zu erschöpft sei, um die Wahl Karls ernstlich zu gefährden!



100  
The first of these is the fact that the  
the second is the fact that the  
the third is the fact that the  
the fourth is the fact that the  
the fifth is the fact that the  
the sixth is the fact that the  
the seventh is the fact that the  
the eighth is the fact that the  
the ninth is the fact that the  
the tenth is the fact that the

1